

Gemeinsamer Antrag Nr. 12

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen,
der Freiheitlichen Arbeitnehmer,
von Das Neue Österreich und Liberales Forum, Liberale Arbeitnehmer:innen,

an die 182. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 13. November 2024

Maßnahmen gegen SMS-Phishing

Die 182.Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert die Bundesregierung auf, Maßnahmen zu setzen, die den Verbraucherschutz im Bereich des Smishing nachhaltig stärken.

Begründung:

In einer Welt, in der die digitale Kommunikation unser tägliches Leben maßgeblich beeinflusst, kommt es auch vermehrt zu Schattenseite dieser Entwicklung.

Immer öfter versuchen Betrüger, über SMS und Messenger-Dienste an sensibelste Daten der Nutzer zu gelangen. Dieses sogenannte Smishing stellt eine erhebliche Gefahr dar.

Immer mehr Menschen, erhalten SMS oder Mails, die scheinbar von einer öffentlichen Organisation, wie Bank, Post, Krankenkasse, Polizei oder anderer Organisation stammen. Ein harmlos wirkender Link, der zur Eingabe von Passwörtern und Kreditkartennummern auffordert, wird ihm angeboten. Vor allem ältere Mitmenschen fallen darauf herein, öffnen den Link, geben sensible Daten ein und tappen damit in die Falle. Die Folgen sind oft Kontoplünderungen, Identitätsdiebstahl oder die Installation einer Schadsoftware. Phishing-Nachrichten, die über E-Mails verbreitet werden, können halbwegs in den Griff bekommen werden, doch das perfide Smishing bleibt weitgehend unbeachtet.

Es ist an der Zeit, den Verbraucherschutz in dieser digitalen Ära zu stärken. Wichtig ist, eine einfache, aber effektive Möglichkeit zu schaffen, um gegen diese Betrugsform vorzugehen. Ziel muss es sein, den Verbraucherschutz zu stärken und die Menschen vor den Schatten der digitalen Welt zu bewahren. Mobilfunkanbieter sollten z.B. verpflichtet werden, ihre Kunden proaktiv über mögliche Phishing-Nachrichten zu informieren und Tools zur Verfügung zu stellen, um derartigen Betrug bestmöglich zu vermeiden. Ebenfalls nötig sind effektive Smishing-Gesetze, um Tätern das Handwerk zu legen und Verbraucher zu schützen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich